

PRESSEMITTEILUNG

Pressemitteilung vom 6. Oktober 2020

Gastronomie lehnt Maßnahmen in Frankfurt als unverhältnismäßig und kontraproduktiv ab

DEHOGA Hessen und Initiative Gastronomie Frankfurt: „Die Gastronomie wird ohne erkennbare Notwendigkeit massiv angegriffen.“

(Frankfurt am Main/Wiesbaden) 6. Oktober 2020. **Der Corona-Verwaltungsstab der Stadt Frankfurt am Main bereitet gemäß eigenen Angaben ein Maßnahmenpaket vor, dass unter anderem eine ab Freitag, dem 9. Oktober 2020 geltende Sperrstunde in der Gastronomie von 22 bis 6 Uhr vorsieht. Die Branchen- und Interessenverbände DEHOGA Hessen und IGF lehnen diese Maßnahmen als unverhältnismäßig und mit Blick auf das Ziel – einer Eindämmung des Infektionsrisikos mit dem Corona-Virus – als kontraproduktiv ab.**

„Der Corona-Verwaltungsstab greift unsere Betriebe mit dieser Maßnahme in einer Zeit an, in der sie gerade wieder begonnen haben, sich langsam ‚aufzurichten‘. Es wird so getan, als ob die Gastronomie Orte für Ansteckungen seien – das Gegenteil ist der Fall.“, so Robert Mangold, stellvertretender Präsident des DEHOGA Hessen und Vorsitzender des landesweiten Fachbereichs Gastronomie des Verbandes. Wenn ein Großteil der aktuellen Infektionsfälle auf eine Gemeinschaftsunterkunft lokalisiert werden könne und kein einziger Fall nachweislich aus Restaurants und Gaststätten herrühre, dann sei es für die Betriebe und die Menschen in Frankfurt nicht vermittelbar, weshalb derart massive Beschränkungen eingeführt würden, so Mangold weiter.

Madjid Djamegari, Vorsitzender der Initiative Gastronomie Frankfurt und zugleich ebenfalls Mitglied im Vorstand des DEHOGA Hessen macht klar: „Wir haben erlebt, dass die Stadt schon in der Vergangenheit erheblichen Herausforderungen gegenüberstand, illegale Partys und rechtswidrige

Pressekontakt

DEHOGA Hessen e.V.
Auguste-Viktoria-Str. 6
65185 Wiesbaden
Tel.: 0611 9920114
Mail: info@dehoga-hessen.de

Julius Wagner
Hauptgeschäftsführer

Veranstaltungen in diversen Locations, die durch massive Verstöße gegen jedwede Corona-Auflage gekennzeichnet waren und weiterhin sind, zu unterbinden. Ausgerechnet jetzt alle Betriebe, die sich regelkonform und professionell um maximalen Gesundheitsschutz kümmern, mit dem Gießkannenprinzip zu bestrafen ist ein Schlag ins Gesicht!“. Es gebe keinen nachvollziehbaren Grund, weshalb Gäste, die sich bis 22 Uhr sicher in der Gastronomie aufhielten, dann auf die Straße zu schicken.

Voller Unverständnis nehme die Branche die Aussagen des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann (SPD) wahr, der einerseits das erhöhte Infektionsgeschehen auf Reiserrückkehrer, wenige Fälle in Sportvereinen und eine Gemeinschaftsunterkunft zurückführt und in diesem Zusammenhang von einer „Tendenz in die Breite der Bevölkerung“ spreche.

„Wir nehmen den Gesundheitsschutz mehr als ernst und tragen bis dato alle Maßnahmen in den Betrieben mit. Auch haben wir kein Verständnis für die Laxheit von einigen Wenigen, wenn es um die Sicherheit unserer Gäste geht. Doch das, was hier Oberbürgermeister Feldmann und Gesundheitsdezernent Majer verkünden, werden wir nicht akzeptieren.“, sagt Djamegari.

Und Robert Mangold ergänzt: „Es muss uns angesichts der Entwicklungen, die uns insgesamt noch bevorstehen gelingen, die Akzeptanz von Schutzmaßnahmen in Wirtschaft und Gesellschaft im Konsens zu schaffen. Mit Maßnahmen wie diesen, die über's Ziel hinausschießen, erreichen wir das Gegenteil und erweisen dem Gesundheitsschutz einen Bärendienst.“

Die Branche, so die beiden Spitzenvertreter, sei auf allen Ebenen zu jeder Zeit konstruktiv engagiert und insbesondere ansprechbar. Es gäbe keine Not, sowohl die Unternehmen als auch die Bürgerinnen und Bürger mit einer Sperrstunde in Restaurants zu konfrontieren.

Die Initiative Gastronomie Frankfurt und der DEHOGA Hessen wie auch der Frankfurter Kreisverband erklärten sich entschieden bereit, Gastronomen bei möglichen gerichtlichen Eilanträgen gegen die Maßnahmen zu unterstützen. Gleichzeitig sei man gesprächsbereit und es gäbe noch alle Möglichkeiten, weiteren Schaden vom im Übrigen guten Miteinander mit der Stadtverwaltung abzuwenden.

----- Ende der Pressemitteilung -----